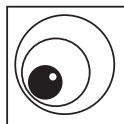


KSp 46

Steuer-Arbeitsunterlagen



Arbeitskreis für Steuerrecht
GmbH Köln

kösdi-Haus
www.koesdi.de

Inhalt

Strahl/Demuth

GESTALTENDE STEUERBERATUNGSPRAXIS 2021

2021, 156 Seiten

- **Neue Gestaltungsansätze** auf Grund **umfassender gesetzlicher Neuregelungen** (z.B. FoStoG, StaRUG, KöMoG)
- **Neue Gestaltungsansätze** aus **Rechtsprechung** und **Finanzverwaltung** (z.B. Rückstellungen, fortführungsgebundener Verlustvortrag, vorweggenommene Erbfolge)
- **Besondere Schwerpunkte: Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften, Rechnungslegung**
- Darstellung aus **praxisorientierter Sicht**
- Rascher Zugriff auf die Inhalte durch ein **umfassendes Sachregister**
- Verständliche, durch **Beispiele und Abbildungen** ergänzte Ausführungen

Autoren

Dr. Martin Strahl und Dr. Ralf Demuth sind Partner der Partnerschaftsgesellschaft mbB C.K.S.S. Sie sind durch ihre zahlreichen Beiträge in der Fachliteratur und ihre umfangreiche Vortragstätigkeit bekannt. Unter anderem sind sie Autoren der Berater-Monatsschrift „Kölner Steuerdialog“ (**kösdi**) und Mitautoren der im Stollfuß Verlag erscheinenden Berater-Kommentare zum EStG sowie zu den Problemfeldern „Ertragsteuern“. In der Praxis sind sie u.a. umfassend auf dem Gebiet der Nachfolgeberatung sowie der steuerlichen Unternehmensberatung in Gestaltungs- und Abwehrfällen tätig.

Gestaltungen im Fokus

Graphiken und Tabellen

D. Gestaltungen für Personengesellschaften und ihre Gesellschafter

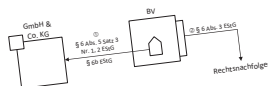
Steuerberater Dr. Martin Strahl
Rechtsanwalt/Steuerberater Dr. Ralf Demuth

I. Sonderbetriebsvermögen und vorweggenommene Erbfolge im Ertragsteuerrecht

Steuerberater Dr. Martin Strahl

(1) Im Rahmen der Beratung einer vorweggenommenen Erbfolge besteht häufig der mandantensseitige Wunsch, nicht allein eine **betriebliche Sachgesamtheit** der Mandantenseite zu übertragen, sondern auch die **Altersabsicherung** zu verbinden. Neben den denkbaren Gestaltungsansätzen wie der Übertragung gegen Versorgungsleistungen ist das § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG oder des Vorbehalts des Nießbrauchs zugunsten des Übertragenden kann ein – insofern oft präferierter Weg – in der **Zurückbehaltung** einer werthaltigen und ertragbringenden Betriebsgrundlage bestehen – etwa des Betriebsgrundstückes. Auch diese Zurückbehaltung soll keine ertragsteuerlichen Konsequenzen auslösen.

(2) Eine solche **Ausgliederung des Betriebsgrundstücks** durch den Übertragenden (Rechtsgeschäft) kann wie folgt vollzogen werden:



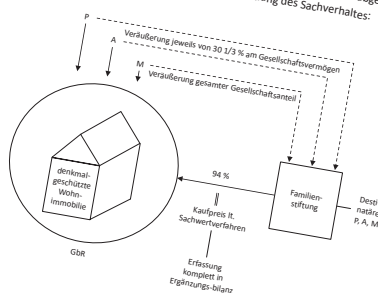
(3) Zur Ausgestaltung der Ausgliederung des Grundstücks als **steuerlich neutral** ist dabei von wesentlicher Bedeutung, zu welchem Bereich des Betriebsvermögens das Grundstück zählt:

(a) Rechnet es zu einem **Einzelbetriebsvermögen**, gibt § 6 Abs. 5 Satz 3 Nr. 1 EStG den Buchwertfortführungszwang vor, wenn das Grundstück unentgeltlich oder gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in das Gesamthandsvermögen der GmbH & Co. KG übertragen wird, bei der es sich

Gestaltende Steuerberatungspraxis 2021 (KSp 46) • 9.6.2021

(4) Die Entscheidung ist von überaus großer Bedeutung für die Ermittlung der Einkünfte im Rahmen der Überschusseinkunftsarten. Sie fokussiert auf **vermögensverwaltende Personengesellschaften** und umschließt Grundsätze zur Einkünftermittlung beim Erwerb des Anteils an einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft.

(5) Im Jahr 1997 hatten die Gesellschafter P, A und M eine GbR errichtet, an der sie zu jeweils gleichen Teilen (1/3) beteiligt waren. Am 16.5.1997 erwarb die GbR ein denkmalgeschütztes Mietwohngrundstück. Etwas über 10 Jahre später – mit Wirkung zum 1.7.2007 – veräußerten die Gesellschafter mit privatschriftlicher Anteilskaufvertrag insgesamt 94 % ihrer GbR-Gesellschaftsanteile an eine Familienstiftung, zu deren Destinatären sie selbst zählten. P und A blieben mit jeweils 3 % an der GbR beteiligt. Als **Gesamtkaufpreis** wurde ein Betrag von 1.936.904,40 € vereinbart. Von diesem Kaufpreis brachte die Erwerberin ein anteilig übernommenes Finanzierungsdarlehen in Abzug. Kaufpreiserhöhung fanden hingegen „Forderungen gegenüber Gesellschaftern“ Berücksichtigung, bei denen es sich bilanzrechtlich um einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ handelte (negative Kapitalkonten). Die sich danach ergebende Summe von 1.293.251,05 € erfasste die GbR als zusätzliche Anschaffungskosten der Familienstiftung als Neugesellschafterin in einer **Ergänzungsrechnung** und teilte den Betrag zwischen den Beteiligten nicht streitig. Die auf das Gebäude entfallenden zusätzlichen Anschaffungskosten wurden über die Restnutzungsdauer abgeschrieben. Es ergibt sich somit folgende grafische Darstellung des Sachverhaltes:



(6) Das FA hielt den Kaufpreis für unangemessen hoch. Es **schätzte den Verkehrswert** unter Anwendung des Ertragswertverfahrens auf lediglich 950.000 € (und damit auf weniger als die Hälfte des zwischen den Parteien ...)

Strahl

Schwerpunkte der Schrift

■ Gestaltungen zur steuerlichen Gewinnermittlung

- ☐ Neues zu Rückstellungen
- ☐ Temporäre Verlängerung von Investitionsfristen
- ☐ Rund um die Abschreibung
- ☐ Der neue Investitionsabzugsbetrag
- ☐ Spezifische Hinweise zur Rechnungslegung in Corona-Zeiten

■ Gestaltungen zur Gewerbesteuer

- ❑ Sicherung der erweiterten Gewerbesteuerkürzung
- ❑ Sicherung von Gewerbeverlusten (§ 10a GewStG)

■ Gestaltungen für Kapitalgesellschaften und ihre Gesellschafter

- ☐ Neues zur Vermeidung verdeckter Gewinnausschüttungen
- ☐ Verdeckte Gewinnausschüttungen bei mehrstufigen Beteiligungen
- ☐ Nutzung des fortführungsgebundenen Verlustvortrags
- ☐ Neues zum Ausfall von Gesellschafterforderungen
- ☐ Update Betriebsaufspaltung
- ☐ Betriebsaufspaltung und § 6a GrEStG

■ Gestaltungen für Personengesellschaften und ihre Gesellschafter

- ❑ Sonderbetriebsvermögen und vorweggenommene Erbfolge im Ertragsteuerrecht
- ❑ Sonderbetriebsvermögen und vorweggenommene Erbfolge im Schenkungsteuerrecht
- ❑ Zurückbehaltung und Verkauf von Wirtschaftsgütern im Zuge der vorweggenommenen Erbfolge
- ❑ Disquotale Einlagen – Gestaltungshindernisse und -lösungen
- ❑ Neues zur Abfärbewirkung – Sicht der Finanzverwaltung und Gestaltungsoptionen
- ❑ Option der Personengesellschaft zur Körperschaftsbesteuerung

■ Gestaltungen zur Sanierung und Restrukturierung

- ❑ Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG): Neues Betätigungsfeld für StB und WP
- ❑ Neue Aspekte zum Rangrücktritt
- ❑ Steuerliche Verlustsicherung und -verrechnung

■ Gestaltungsmöglichkeiten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer

- ☐ Zusätzlichkeitserfordernis vs. Lohnformwechsel
- ☐ Neues zu Sachbezügen

■ Wichtige Gestaltungsansätze für Immobilieneigner

- ☐ Verbilligte Überlassung von Wohnraum
- ☐ Angemessenheitsprüfung bei Kaufpreisen
- ☐ Zuordnung von Schuldzinsen bei gemischter Nutzung

■ Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Gemeinnützige

- ☐ Kooperationsprivileg
- ☐ Holdingprivileg
- ☐ Weitere neue Rahmendaten durch das JStG 2020
- ☐ Satzungsänderung und Ausschließlichkeitsgebot

Neue Beratungsfelder

Gestaltende Steuerberatungspraxis 2021 (KSp 46) • 9.6.2021

E. Gestaltungen zur Sanierung und Restrukturierung

Rechtsanwalt/Steuerberater Dr. Ralf Demuth

I. Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG): Neues Betätigungsfeld für StB und WP

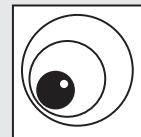
- (1) Durch das mit Wirkung zum 1.1.2021 in Kraft getretene Gesetz über den Sanierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (**StaRuG**) v. 22.12.2020 besteht für die in Krise geratene Unternehmung die Möglichkeit der **Sanierung ohne Insolvenzverfahren** (insolvenzvermeidende Sanierung). Diese vorinsolventliche Sanierung hat insbesondere den Vorteil, dass gefährdete Unternehmensbereiche außerhalb des Insolvenzrechts unternehmensfremdlich und insolvenzrechtlich nicht dem Gläubigern und den sonstigen Beteiligten auf verfestigten Gesamtvergleich mit dem Schuldners (Restrukturierungsplan) schließen der Basis eines Vorschlags des Unternehmens (Restrukturierungsplan) schließen können, unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Zustimmung sämtlicher Gläubiger erforderlich ist; die Sanierung in einem nicht öffentlichen Verfahren erreicht wird und die präventive Sanierung günstiger und schneller als ein Insolvenzverfahren abgewickelt werden kann.¹
- (2) Insbesondere bei in Schieflage geratenen kleinen und mittleren Unternehmen sowie Selbständigen bietet das StaRuG mit der **Sanierungsmoderation** eine kostengünstige Chance, das Unternehmen (und uU auch den Unternehmer selbst) einfach und geräuschlos zu sanieren, indem mit den Gläubigern oder einem Teil derer ein außergerichtliches Vergleichsgespräch geschlossen wird, der zur Sanierung des Unternehmens führt.
- (3) In der vorinsolventlichen Sanierung und Restrukturisierung misst der Gesetzgeber – wie § 74 Abs. 1 StaRuG belegt – den **Sfb** und **WP** eine erhebliche Bedeutung bei, da als Restrukturisierungsbeauftragte oder Sanierungsmoderatoren Aktinge eingesetzt werden müssen, um einen Vergleich zwischen Schuldner und Gläubigern herbeizuführen.

Praxisrelevanz

 körschke-Spezialseminar

3. Kein Rückstellungsausweis bei vollständiger Dominanz des eigenen betrieblichen Interesses

- (9) Für berechtigtes Aufsehen in der Praxis hat die Entscheidung des BFH XI R 2/19 v. 22.1.2020¹⁶ gesorgt, da hier judiziert wurde, ungeachtet einer **bestehenden Außenverpflichtung** sei der Ansatz einer **Verbindlichkeitsrückstellung** dann ausgeschlossen, wenn die Verpflichtung in ihrer wirtschaftlichen Belastungswirkung von einem **eigenbetrieblichen Interesse „vollständig, überlagert“** werde.¹⁷
- (9) Der Entscheidung lag der Sachverhalt zugrunde, dass eine GmbH im Spezialgerüstbau bei Großindustrieanlagen tätig war. Sie schloss mit ihren Auftraggebern Rahmenverträge, in denen **Entgelte** für die Erstellung von Gerüsten sowie die **Demontage** abgeboten waren. Auch **Abtransport** des Gerüstmaterials sowie der dem jeweiligen Auftraggeber, von diesem zur Verfügung gestellte Lager- und Arden Zustand zu versetzen, in dem sie zu Beginn des Vertrages zur Verfügung stellt worden waren. – Für diese **(Außen-)Verpflichtungen** bildete die GmbH eine tragbandsengende erforderlichen Abtransport des auf der jeweiligen Baustelle be-
- (10) Diese Rückstellung erkannte die FinVerw. nicht an, da die Leistungspflicht gegenüber Dritten von **eigenbetrieblichen Erfordernissen** überlagert wurde. Dieser Würdigung schloss sich in erster Instanz das FG Münster mit Ur. 13 K. 2688/15 v. S. 12.2018¹⁸ an¹⁹ und führte zum Sachverhalt aus, die von der GmbH vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Grundstücke gedient, sondern betrafen **ausschließlich** das Zusammenstellen, Sichten, Verpacken und Verladen des Materials im Zentrallager der Klägerin²⁰ (Hervorhebung nicht im Original).
- (11) In Anbetracht dieses vom FG festgestellten Sachverhalts gelangte der BFH zum Ergebnis, eine **Rückstellung** sei „bereits **dem Grunde nach**“ **nicht auszuweisen**, da die bestehende Außenverpflichtung durch ein eigenbetriebliches Interessenswandsrückstellung“ vorliege (Rz. 23 des Urteilsprinzipal) nach eine sog. Auf-
- teresse“ wird nicht abgelehnt.



BESTELLSCHEIN

DEUBNER MEDIEN
Vogelsagner Str. 187e
50825 Köln

DEUBNER:medien

Für die schnelle Bestellung: Fax 0800 . 11 19 934

Ich/Wir bestelle(n):



Anzahl

Strahl/Demuth,
Gestaltende Steuerberatungspraxis 2021
2021, 156 Seiten

69,00 €*
69,00 €*
58,20 €*
gratis



PDF-Fassung der Arbeitsunterlage



kösdI-Probeabonnement für 3 Monate
– inkl. online-Zugriff ab dem Jahrgang 2006
und kösdI-app –

(Das Probeabonnement verlängert sich automatisch,
wenn Sie es nicht spätestens zwei Wochen vor seinem
Ablauf abbestellen.)



kösdI-Probeheft
– ohne online-Zugriff und kösdI-app –

* inklusive 7% Umsatzsteuer, zuzüglich Versandkosten

| | | |
|---|----------------------|--|
| <div><div></div><div></div><div></div><div></div><div></div><div></div><div></div><div></div></div> | | |
| Kunden-Nr. | E-Mail | |
| Name | | |
| Vorname | | |
| Straße | | |
| PLZ | Ort | |
| Datum | Unterschrift/Stempel | |